

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1949**

73 (28.6.1949)



## Unnötige Belastung

Aus dem Bericht der Landesregierung über den Haushaltsplan auf der 16. Plenarsitzung des Landtags geht einwandfrei hervor, daß die Regierung aus Steuern einen Netto-Betrag von 200 Millionen DM im Rechnungsjahr 1948 vereinnahmt hat. Stellt man die Gesamteinnahmen von 318 Millionen DM dem Steuer-Einkommen gegenüber, so kann man feststellen, daß zwei Drittel des Haushaltsplanes von den Arbeitern und Angestellten, Gewerbetreibenden, Geschäftsleuten und Bauern aufgebracht werden müssen. Sie sind es, die 117,5 Millionen DM Besatzungskosten, das sind 58,8 Prozent des gesamten Steuereinkommens, tragen. Noch nicht genug damit, beschließt der Landtag die neue Massensteuer, das „Notopfer Berlin“ ab 1. Juli zu erheben.

Die Zeitung „das Volk“ die von sich behauptet, die Interessenvertreterin der Werktätigen zu sein, begrüßt diese Massensteuer und behauptet, daß dadurch den „armen“ Berlinern geholfen wird.

Der Geschäftsmann und Leser dieser Zeitung, der die nach dem Krieg erhöhte Umsatzsteuer auf 3 Prozent, die Einkommen-, Grund-, und Gebäudesteuer usw. zahlen muß, sowie alle anderen Leser — ob sie „das Volk“ „SUEVOZET“ oder das „Badische Tagblatt“ lesen — werden am eigenen Leibe feststellen, daß sie wiederum die Lasten dieser neuen Steuer zu tragen haben und diese Zeitungen ihre Interessen nicht vertreten.

Die „armen“ Berliner, denen geholfen werden soll, haben diese Hilfe sogar während der Verkehrsbeschränkungen nicht nötig gehabt. Im sowjetischen Sektor konnte die gesamte Berliner Bevölkerung ihre Lebensmittel kaufen. Jetzt, wo die Verkehrsbeschränkungen aufgehoben sind, ist selbst diese fadenscheinige „Begründung“ der Steuer-Erheber hinfällig geworden.

Der Berliner „Westmagistrat“ verspricht sich jedoch von dem „Notopfer“ sehr viel, da er hofft dadurch seine bankrotte Finanzlage sanieren zu können.

„Das neue Baden“ verstößt diese ungeheure Belastung der Werktätigen mit der Behauptung, daß diese Gelder ebenfalls der Kehler Bevölkerung zugute kommen würden. Seit vier Jahren warten diese auf die Verwirklichung der gegebenen Versprechungen, die Lippenbekenntnisse waren und auch diesmal nur darauf hinausgehen, durch diese Begründung die Masse für das „Notopfer Berlin“ gefügig zu machen.

In Wirklichkeit will weder die Landesregierung noch wollen ihre lanzenbrechenden Redakteure helfen; sie wollen lediglich politische Geschäfte machen.

Aus diesem Grunde sind die Zeitungen „Das Volk“, die „SUEVOZET“ usw. gegen den Abzug aller Besatzungskosten, das haben ihre Berichte über die Außenministerkonferenz bewiesen. Die ungeheuren Besatzungskosten brauchen von der Bevölkerung nicht aufgebracht oder könnten für die Kehler Bevölkerung verwandt werden und die Bevölkerung wieder nach Kehl ziehen, wenn die Besatzungskosten nach Inkrafttreten eines Friedensvertrages Deutschland räumen würden.

Da auf der Pariser Konferenz in der wichtigsten Lebensfrage unseres Volkes keine Einigung erzielt werden konnte, sollten diese Zeitungen sich dafür einsetzen und die Wohle-Regierung bei der Militärregierung beantragen, daß die Besatzungskosten herabgesetzt werden. Stattdessen erhöhen sie die Steuer, die zu einer Frohn wird für die Werktätigen mit dem „Notopfer Berlin“. Nur die KP als einzige Partei hat bewiesen, daß sie nicht nur gegen das „Notopfer“, sondern auch dagegen ist, daß die Bevölkerung die Besatzungskosten tragen muß.

## Vor diesen Zahlen zerstioben die Lügen

### Die Einfuhren der Ostzone — Rascher und sicherer Aufbau

Wie aus Hamburger Wirtschaftskreisen verlautet, begeben die Veröffentlichungen der DWK über den Bedarf der Ostzone in Westdeutschland immer stärkerem Interesse. Nach den Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz wird mit baldiger Steigerung des Interzonenhandels gerechnet. Die jetzt vorliegenden detaillierten Zahlen über die Ostzonen-Importe, so wird erklärt, bestätigen die häufig nur mit gewissen Vorbehalten aufgenommenen Meldungen über den raschen und sicheren Aufbau der Ostzonen-Wirtschaft.

In die Ostzone sollen im laufenden Jahr für 15 bis 16 Millionen Dollar Obst und Gemüse importiert werden, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird. Die Verhandlungen darüber schweben allerdings noch. Wurzelnfrüchte zur Viehfütterung und Zwiebeln werden aus Holland, Luzernsamen, Klee- und andere Futtergräser aus Ungarn, Polen, Groß-Britannien und Frankreich geliefert.

Die Einfuhren von Fisch, Fleisch und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurden in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres beträchtlich erhöht. So wurden in dieser Zeit 35 000 Tonnen Fisch eingeführt; gegenüber 27 000 Tonnen im ganzen Jahr 1948. Ungarn, Dänemark und Polen lieferten in der Berichtszeit 4000 Tonnen Fleisch- und Fleischwaren, die 40 000 Tonnen Getreide und 6800 Tonnen Butter. Die Lieferung von 310 Tonnen Bohnenkaffee ist angelaufen.

An gewerblichen Gütern wurden in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres aus Belgien, Polen und der Sowjetunion 143 000 Tonnen Walzstahl, aus der Sowjetunion und Polen 40 000 Tonnen Gußeisen und aus Polen und der Tschechoslowakei 3 053 000 Tonnen Steinkohle, Koks und Anthrazit in die Ostzone eingeführt. Ferner erhielt die Zone bedeutende Mengen Schmieröl und Naphtalin aus

## Appell des Parteivorstandes an alle Mitglieder

### „Den Wahlkampf zu einem machtvollen Bekenntnis für die deutsche Einheit gestalten“

Der Parteivorstand der KPD wendet sich in einem Aufruf an alle Mitglieder der Partei mit der Aufforderung, den Wahlkampf zu einem machtvollen Feldzug für die deutsche Einheit und Unabhängigkeit zu gestalten. In dem Aufruf heißt es:

#### Genossinnen und Genossen!

Der Wahlkampf steht bevor. Unsere Gegner werden alle ihre Kräfte auf den Kampf gegen uns konzentrieren. Diejenigen, die die Lebensinteressen des deutschen Volkes preisgegeben haben, wenden — um von ihrer schmachvollen Unterwerfung unter das Diktat der westlichen Besatzungsmächte abzulenken — die schmutzigen und verlogenen Mittel gegen uns an. Wir sind die einzige Partei, die die gerechte Sache des deutschen Volkes vertritt, die ihren Rücken nicht beugt vor dem Regime der kolonialen Unterwerfung. Daher der Haß unserer Feinde, daher ihre Lügen, daher ihre Provokationen.

Genossinnen und Genossen! Die Spalter Deutschlands, die Hilfskräfte des Besatzungsregimes hoffen, daß unser Kampf durch die Verhaftung unseres Vorsitzenden, des Genossen Max Reimann geschwächt wird. Sie irren sich. Sie kennen nicht die Kraft unserer Partei, einer Partei, die das Glück und Wohl des

deutschen Volkes über alles stellt. Sie kennen nicht den Opfermut und die Hingabe der Mitglieder einer Partei, die Menschen, wie den Genossen Max Reimann hervorbringt.

Genossinnen und Genossen! Geben wir ihnen durch unseren Wahlkampf die Antwort auf die Verhaftung unseres Max Reimann! Zeigen wir, daß der Versuch uns zu lähmen unsere Kräfte vervielfacht, daß er uns täglich und stündlich ansport und zum letzten Einsatz für die Partei, für unser deutsches Volk mahnt! Gestalten wir den Wahlkampf zu einem machtvollen Feldzug für die deutsche Einheit und Unabhängigkeit, für einen gerechten Frieden und für den Abzug der Besatzungstruppen! Es darf keine Genossin, keinen Genossen geben, der nicht aktiv am Wahlkampf Anteil nimmt! Kein Ort ohne Wahlversammlung! Keine Straßenecke ohne die Verteiler unserer Flugschriften! Kein Haus, kein Hof, in der wir nicht unsere Werbung tragen!

Genossinnen und Genossen! Seien wir uns der großen Verpflichtung bewußt, die auf unserer Partei im Kampfe um die nationale Selbstbestimmung und im Kampfe um den Frieden ruht! Kämpfen wir — wie Max Reimann kämpft! Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!

## Der Parteivorstand begrüßt Max Reimann

### „Wir werden in Deinem Geiste und mit Deiner Leidenschaft in den Wahlkampf gehen“

#### Lieber Max!

Von seiner am 23. und 24. Juni tagenden Sitzung entbietet Dir der Parteivorstand wärmste brüderliche Grüße. Mit Empörung haben wir davon Kenntnis genommen, daß man Dir — nachdem Du in beispielloser Verhöhnung der elementarsten demokratischen Rechte verurteilt und eingesperrt wurdest — nun auch noch die Kandidatur für den kommenden westdeutschen Bundestag, an der Spitze der Kandidaten unserer Partei, unmöglich machen will. Man will Dich behandeln wie einen kriminellen Verbrecher und Dir sogar die Rechte verweigern, die jedem politischen Häftling in der Weimarer Republik zugestanden wurden. Mit Methoden, die Du im Hitlerreich am eigenen Leibe erfahren mußt, will man Dich mundtot machen.

Dies wird der Reaktion nicht gelingen. Die Herren kennen Dich schlecht, die da glauben, daß man Dich auf solch billige Art und Weise aus dem politischen Leben unseres Volkes ausschalten kann. Von dieser unserer Tagung aus, auf der wir das Wahlprogramm unserer Partei angenommen haben, werden wir in Deinem Geiste und mit Deiner Leidenschaft in den Wahlkampf gehen.

Dein unerschrockenes Wirken für Deutsch-

lands Einheit und Unabhängigkeit und gegen die Ketten des Ruhr- und Besatzungsstatuts, wird uns Leitstern und Ansporn sein in dem harten uns bevorstehenden Kampfe, der von den Hilfskräften der kapitalistischen Westmächte, den Führern der SPD, CDU/CSU und FDP mit allen Mitteln der Verleumdung und Lüge geführt werden wird.

Schon begreifen viele, warum man Dich eingesperrt hat, und warum man Deine Kandidatur zu verhindern sucht. Die Konkurrenz-Demontagen an der Ruhr — fast zwei Jahre nach dem laut Potsdamer Abkommen alle Demonstrationen abgeschlossen sein sollten — haben vielen die Augen geöffnet.

Die gleichgeschalteten westlichen Meinungsfabriken haben sich in Deinem Fall zu einer Verschwörung des Schweigens zusammengeslossen. Dein Name darf in ihren Spalten und

## 53 Millionen DM Defizit

In unserem Bericht über die letzte Sitzung des südbadischen Landtags (UT vom 23. 6.) haben sich ein Druck- und ein Ueberschlagsfehler eingeschlichen. Unter der Überschrift „Südbadische Regierung beschließt Massensteuer“ handelt es sich bei der Erklärung des Finanzministers um den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1948 und zwar für die Zeit vom Stichtag der Währungsreform bis zum 31. März 1949.

Dieser von der CDU-Mehrheit nachträglich gebilligte Haushaltsplan schließt mit einem Fehlbetrag von über 53 Millionen DM ab. Zur Deckung dieses Defizits hatte die Regierung u.a. 11 Millionen DM aus dem Landesarbeitsstock entnommen. Wenn man sich dabei daran erinnert, daß die Regierung gleich nach der Währungsreform ebenfalls aus dem Landesarbeitsstock 2 Mill. DM zur Bezahlung von Besatzungskosten entnahm, so versteht man, warum die Arbeitslosen so lange auf die ihnen rechtmäßig zustehende Unterstützung warten mußten.

Mit den Arbeitergrößen wurde auch die von der Sparkommission der Regierung vorgeordnete „große Aufwendigkeit des Staatsapparates“ bezahlt, u.a. 1.1 Mill. DM für Kraftfahrzeuge, 1.7 Mill. DM für Trennungsschädigungen und 2 Mill. für Reisekosten der Staatsbeamten! — Werktätige, wählt Ihr noch einmal CDU?

## Zwei Seiten der Medaille

London. Kürzlich vorbereitete die englische Reuter-Agentur einen Bericht über die Lage in Westdeutschland. Der Bericht weist einleitend auf das herrliche Frühlingswetter hin, das die Moral der Deutschen gehoben hätte. Das wäre also die eine Seite der Medaille.

„Die andere Seite der Medaille“, so heißt es in dem Bericht, „bleibt unverändert: Mangel an Geld, Angst vor der Erwerbslosigkeit, hohe Lebenshaltungskosten, hohe Preise für Lebensmittel. Bei den Arbeiterfamilien vergrößert sich die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben.“

Reuter stellt also fest, daß sich in Westdeutschland nur das Wetter verbessert hat.

## Eine Räuberbande polnischer „DPs“ vor Gericht

### 7 der 23 Banditen zu 44 Jahren Zwangsarbeit verurteilt

Koblenz. Das französische Schwurgericht führte am 21. und 22. Juni den Prozeß gegen eine 23 köpfige polnische Bande durch, die zusammen mit Deutschen zahlreiche bewaffnete Diebstähle verübt hat. Außerdem hatten sich die Räuber wegen unerlaubten Waffen- und Munitionsbesitzes zu verantworten. Eine Anzahl von Personen war bei den Überfällen schwer verletzt worden.

Gegen sieben angeklagte Polen wurden insgesamt 44 Jahre Zwangsarbeit als Strafen wegen Raubüberfalls und Körperverletzung verhängt. Die deutschen Angeklagten, die der Diebstahlhehlerei für schuldig befunden wurden, erhielten Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren mit Bewährungsfrist.

## Indianer-Sterben in USA

New York. Die indianischen Ureinwohner des nordamerikanischen Kontinentes, die ihr hoffnungsloses Dasein in einem für sie geschaffenen Reservierfristen, sind dem sicheren Untergang geweiht, heißt es in einem Artikel der amerikanischen Zeitung „American Indian“. Das Blatt verweist insbesondere auf die hohe Sterblichkeitsziffer der indianischen Bevölkerung infolge Tuberkulose und zahlreicher anderer Krankheiten. Viele der Erkrankten könnten gerettet werden, wenn die Amerikaner ein geringes Maß an Mitgefühl für die indianische Minderheit aufbringen und entsprechende finanzielle und soziale Hilfe leisten würden.

## Wo bleiben die Schweine?

Frankfurt. Der Wirtschaftsrat hatte für Juni auf Grund der Ferkelzuteilung im Dezember 48 mit einem Schweineauftrieb von 300 000 Stück gerechnet. Nun stellt sich heraus, daß Tausende dieser nahr- und schmackhaften Tiere verschwunden sind. In der ersten Juniwoche wurden nur 22 000 Borstentiere abgeliefert und in der zweiten Woche sank der Auftrieb auf rund 5000 zurück.

## Bonn zahlt für Juni aus

Bonn. Wie der bisherige Präsident des Parlamentarischen Rates, Dr. Adenauer (CDU), mitteilte, werden die Abgeordneten des Rats, obwohl dessen Funktion mit dem 23. Mai auf Befehl der Militärregierung beendet wurde, für Juni noch ihre 900 Mark betragenden „Aufwandsentschädigungen“ ausbezahlt erhalten. — Was sagen die Steuerzahler dazu?

## Aus dem Partelleben

Lörrach-Süd. Am Freitag, den 1. Juli, 20 Uhr, findet im Wiesentäler Hof eine Stadtteil-Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Die Wahlen am 14. August und ihre Bedeutung für das werktätige Volk. Referent: E. Seifert.

UNSER TAG / VOLKSZEITUNG FÜR BADEN  
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1  
Tel. 1274. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg  
Verantwortlich: H. Jerrentrup  
Für unangeforderte eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto.  
Verlag: Südwest-Verlag e.G.m.b.H., (17b) Offenburg  
Hauptstraße 113, Postfach 361, Fernruf 2207  
Erscheint dienstags, donnerstags und samstags  
Bezugspreis monatlich 2.— DM, Postabon. 2.20 LM.







